

BLICKPUNKT

Spezial

Kommunales Mitteilungsblatt der DKP Heidenheim
V.i.S.d.P. DKP Heidenheim Ulrich Huber

BLICKPUNKT Nr. 05

Juni 2008

Jahrgang 37

Städtepartnerschaften

EUROPA für Frieden

Europäische Militarisierung - „Nein danke“

Wir wünschen den Delegationen, die sich anlässlich der 50-jährigen Städtepartnerschaft mit Clichy und der Partnerschaft mit Sankt Pölten in friedliche und freudwünschen uns ein EU- und weltweiter Kriegsbe-Solidarität zu den Völkern gegenseitigen Achsonderheiten. Europäische vor kapitalorientierter und Menschen durch Wirtschaftsmonopole, Banken, Rüstungs- und Weltkonzerne.



40-jährigen Städtepartner-Heidenheim befinden, eine schaftliche Zukunft. Wir Europa ohne Hochrüstung teilung. Ein Europa der kern untereinander und tung ihrer nationalen Be-Sozialpolitik hat Vorrang neoliberaler Ausbeutung der

Ja zu Europa - Nein zur Militärverfassung

Der Lissabon-Vertrag wird ein militaristisches Europa möglich machen

Die bisherigen EG- und EU-Verträge verbieten einen eigenen permanenten EU-Militärhaushalt. Mit dem "Anschubfonds" (Art. 28 Abs. 3) können jetzt auch operative EU-Militärausgaben beglichen werden. Damit gibt es zusätzlich zu den einzelstaatlichen Militärhaushalten einen eigenen EU-Militärhaushalt. Im Artikel 28c Abs. 3 findet sich die viel kritisierte Aufrüstungsverpflichtung, die durch eine EU-Rüstungsagentur (Art. 28) umgesetzt werden soll. Die institutionelle Zusammenarbeit zwischen EU und NATO

wird vertraglich festgeschrieben (Art. 28a Abs. 7). Das Recht des Bundestags, über Auslandseinsätze der Bundeswehr zu entscheiden, wird erheblich ausgehöhlt. Mit dem Reformvertrag wird ein militarisches Kerneuropa durch das Instrument der "Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit" ermöglicht. Dies schafft einen Primärrechtsrahmen für die verstärkte Entsendung von EU-Battle-Groups (Art. 28, Protokoll Nr. 4). Der Gerichtshof der Europäischen Union ist

(Fortsetzung auf Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

explizit nicht zuständig (Art. 11, 240a). Das Europäische Parlament ist ebenfalls nicht zuständig und wird lediglich auf dem Laufenden gehalten (Art. 21). Damit werden künftige Militäreinsätze der demokratischen Kontrolle entzogen. Die Ermöglichung eines militaristischen Europas wird von repressiver Abschottung an den Außengrenzen begleitet. Im neuen Artikel 62 des Reformvertrages soll "ein integriertes

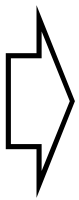
Grenzschutzsystem an den Außengrenzen" eingeführt werden. Mit der undemokratischen Durchsetzung des Lissabon-Vertrags durch die Umgehung von Referenden, der Festbeschreibung einer neoliberalen Wirtschaftspolitik und den militaristischen Teilen entwickelt sich Europa in die völlig falsche Richtung.

Stimmerklärung von Tobias Pflüger (MdEP)
über den Vertrag von Lissabon (EU-Reformvertrag)



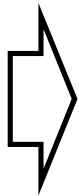
„Ein anderes Europa möglich machen“ Europäisches Sozialforum 2008 in Malmö

Neun thematische Schwerpunkte für das 5. ESF wurden auf der Berliner Versammlung beschlossen:



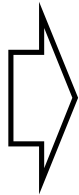
Wirken für soziale Teilhabe und soziale Rechte, Wohlstand, öffentliche Dienstleistungen und öffentliche Güter für alle.

Arbeiten an einer nachhaltigen Welt, Nahrungssouveränität, Umwelt- und Klimagerechtigkeit.



Aufbau eines in Demokratie und individuellen und sozialen Rechten begründeten Europas, gegen die so genannte Sicherheitspolitik. Für Teilhabe, Öffnung, Gleichheit, Freiheit und Minderheitenrechte.

Kämpfen für Gleichheit und gleiche Rechte, Anerkennung von Vielfalt, gegen alle Formen der Diskriminierung. Für feministische Alternativen.



Aufbau eines Europas für eine Welt der Gerechtigkeit, des Friedens und der Solidarität - gegen Krieg, Militarismus und Aggressionspolitik

Entwicklung von Gewerkschaftsstrategien für Arbeit in ürde für alle - gegen Prekarität und Ausbeutung

Ökonomische Alternativen auf der Grundlage der Bedürfnisse und Rechte der Menschen, für wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit



Demokratisierung des Wissens, der Kultur, der Bildung, der Information und der Massenmedien

Wirken für ein Europa der Integration und Gleichheit für Flüchtlinge und MigrantInnen - gegen jede Form von Rassismus und der Diskriminierung.



Wie die Herrschenden Europas sich vor Flüchtlingen aus Afrika schützen

*"Der Pass ist der edelste Teil von einem Menschen.
Er kommt auch nicht auf so einfache Weise zustand wie ein Mensch.*

*Ein Mensch kann überall zustandkommen, auf die leichtsinnigste Art und ohne gescheiterten Grund, aber ein Pass niemals.
Dafür wird er auch anerkannt, wenn er gut ist, während ein Mensch noch so gut sein kann und doch nicht anerkannt wird."*

Bertolt Brecht, Flüchtlingsgespräche, geschrieben 1940/41.

Das Ende der Neutralität

DUBLIN/BERLIN (Eigener Bericht) - Mit Druck und heftigen Drohungen sucht Berlin ein "No" beim irischen Referendum über den sogenannten EU-Vertrag in der kommenden Woche zu verhindern. Dubliner "Politiker aller Seiten" müssten der Bevölkerung die Vorzüge der EU deutlich machen, verlangt Hans-Gert Pöttering, Präsident des Europaparlaments (CDU). Bei einer Ablehnung sei eine "Debatte über den Austritt" Irlands aus der EU nicht auszuschließen, erklärt der CDU-Europaabgeordnete Elmar Brok. Umfragen zufolge ist die von Berlin gewünschte Zustimmung in Gefahr - und damit auch das Inkrafttreten des EU-Vertrags, der die reibungslose Ernennung eines EU-Außenministers mit angegliedertem Europäischem Auswärtigem Dienst sowie Vorbereitungen zum Aufbau einer EU-Armee ermöglicht. Außenminister Steinmeier hat kürzlich bestätigt, dass die Bundesregierung diesen Zielen hohe Bedeutung beimisst. Viele Iren befürchten, in die künftigen europäischen Kriege hineingezogen zu werden, pochen daher auf die Neutralität des Landes und lehnen den "EU-Vertrag" als Beschleuniger einer weiteren Vereinheitlichung und Militarisierung der EU-Außenpolitik ab. Die irische Regierung führt auf Berliner Druck eine Kampagne gegen beträchtliche Teile der eigenen Bevölkerung und stößt damit auf Kritik.

Quelle: german-foreign-policy.-
Newsletter 03.06.2008

**Europa
den Menschen
nicht den
Generälen**